

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

|  |                   |            |
|--|-------------------|------------|
| Stadtamt                                 | Stellungnahme-Nr. | Datum      |
| OB/01                                    | S0272/21          | 23.06.2021 |
| zum/zur                                  |                   |            |
| A0096/21 <b>Fraktion DIE LINKE</b>       |                   |            |
| Bezeichnung                              |                   |            |
| SchulabrecherInnenquote senken           |                   |            |
| Verteiler                                |                   | Tag        |
| Der Oberbürgermeister                    |                   | 06.07.2021 |
| Ausschuss für Familie und Gleichstellung |                   | 07.09.2021 |
| Ausschuss für Bildung, Schule und Sport  |                   | 20.07.2021 |
| Jugendhilfeausschuss                     |                   | 16.09.2021 |
| Stadtrat                                 |                   | 07.10.2021 |

„Der Oberbürgermeister wird gebeten, Gespräche mit dem Jobcenter, der Jugendberufsagentur und der Netzwerkstelle „Schulerfolg sichern“ zu führen, um Maßnahmen zu entwickeln und zu ergreifen, damit die zu befürchtende Zunahme von Schulabrecher\*innen aufgefangen wird und die jungen Menschen nicht in Perspektivlosigkeit geraten.“

*Zum Antrag A0096/21 der Fraktion DIE LINKE nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:*

Die Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen im Bereich der schulischen Bildung und dem damit verbundenen Alltagsleben erfordern von jungen Menschen große Anpassungsleistungen. Dies gelingt in unterschiedlicher Form und Qualität und bedarf multipler Unterstützungsleistungen.

Die Befürchtung in Fachkreisen ist groß: Die Zahl der Schulabbrüche und die der jungen Leute ohne richtigen Abschluss könnte durch die Coronakrise wachsen. Dabei hat Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren ohnehin hohe Werte der Schulabrecherquote ausgewiesen. Die Landeshauptstadt lag mit einer Quote von 7,7 Prozent im Jahr 2019/2020 zwar unter dem Landesdurchschnitt, aber immer noch über dem der Bundesquote. Es ist jedoch zu vermuten, dass die Zahlen pandemiebedingt steigen werden.<sup>1</sup>

Die Ursachen sind vielfältig, die Schule ohne anerkannten Schulabschluss zu verlassen, wie auch Prof. Dr. Raphaela Porsch von der OVGU im Rahmen ihrer aktuellen Studie SEASA feststellt.<sup>2</sup> Häufig sind die schulischen Leistungen und Kompetenzen der Schüler\*innen nicht ausreichend. Die durch die Corona-Pandemie verursachten Einschränkungen, vor allem der Distanzunterricht, haben die Lernsituation für viele Jugendliche erschwert, weil ihnen zum Beispiel die technische Ausstattung beim Lernen zu Hause fehlte und sie mit ihren individuellen

<sup>1</sup> Vgl. „Jugendämter in der Corona-Pandemie: Garanten gegen menschlichen Lockdown“, Pressemitteilung der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter <http://www.bagljae.de/content/presse/> abgerufen am 21.06.2021

<sup>2</sup> Vgl. <https://deutsches-schulportal.de/schule-im-umfeld/studie-sachsen-anhalt-wie-sich-schwaenzen-und-schulabbruch-vermeiden-lassen/> abgerufen am 18.06.2021

Voraussetzungen, u.a. beim selbstständigen Arbeiten, benachteiligt waren. Das kann sich negativ auf den Lernerfolg auswirken.

Entscheidend sind auch die Strukturen der Schule. Haben es die Lehrkräfte geschafft, die Kommunikation aufrechtzuerhalten, synchronen oder asynchronen Unterricht anzubieten, der interessant ist und alle Schüler\*innen gleichermaßen berücksichtigt? Hier gibt es große Unterschiede zwischen den Schulen und auch zwischen den Lehrkräften.

Auf Landesebene wird man versuchen, diesem Problem schulrechtlich zu begegnen, also zum Beispiel Klassenwiederholungen ohne Anrechnung auf die Verweildauer in einer Schulstufe zu ermöglichen. Das allein wird vermutlich nicht ausreichen. Nötig sind, laut Experten, große Anstrengungen an den Schulen und im weiteren Lebensumfeld, um diese Schüler\*innen individuell zu fördern und ihr Gefühl von Schulzugehörigkeit nach der Krise wieder zu etablieren und zu stabilisieren.<sup>3</sup>

Die Verwaltung der Landeshauptstadt ist sich der besonderen Situation bewusst und befürwortet die Auseinandersetzung mit der Problematik. Es werden entsprechend des Vorschlages im Antrag unter Federführung der Stabsstelle Bildung und Wissenschaft in einer Gesprächsrunde mit relevanten Akteur\*innen aus dem Bereich Übergang Schule-Beruf die Möglichkeiten erörtert, als Kommune passende Maßnahmen zu entwickeln. Ebenfalls wird die Frage der zu erwartenden Erhöhung der Schulabbrecherquote in der verwaltungsinternen Steuerungsgruppe Bildung thematisiert werden. Über die Ergebnisse wird selbstverständlich in geeignetem Rahmen informiert.

Eine effektive Bekämpfung des beschriebenen Phänomens wird jedoch nur im konzentrierten Zusammenspiel aller beteiligten Ebenen möglich sein, auf die die Landeshauptstadt Magdeburg nur bedingt Einfluss hat.

Dr. Trümper

---

<sup>3</sup> Vgl. ebenda